

Erbschaftssteuer von 50 Prozent kann Firmenverkauf auslösen

Familienunternehmer gehen an die Front im Abstimmungskampf gegen die Volksinitiative der Jungsozialisten

HANSUEL SCHÖCHLI

Die Volksinitiative der Jungsozialisten für eine Erbschaftssteuer auf grossen Vermögen erhält von den Gegnern ein dickes Kompliment: Die Gegner nehmen die Initiative so ernst, dass sie diese schon lange vor dem Urnengang lautstark bekämpfen. Zudem haben manche potenziell Betroffene schon früh mit der Planung möglicher Ausweichmanöver begonnen.

Die Volksinitiative fordert die Einführung einer Erbschaftssteuer von 50 Prozent auf Vermögensteile über 50 Millionen Franken. Das Besondere an der Initiative ist ihre faktische Vorwirkung trotz relativ geringen Chancen an der Urne. Der verlangte Steuersatz ist so hoch, dass er Wohlhabende vor einem Zuzug in die Schweiz abschreckt. Laut dem Initiativtext soll zudem die geforderte Erbschaftssteuer sofort nach Annahme des Vorstosses gelten. Die Initiative verlangt überdies auch Massnahmen «zur Verhinderung von Steuervermeidung, insbesondere in Bezug auf den Wegzug aus der Schweiz».

Das löste bei potenziell betroffenen Inländern – besonders Familienunternehmern – die Frage aus, ob zur Sicherheit Ausweichmanöver schon vor dem Urnengang angebracht wären. Zu den genannten Stichworten zählen etwa

Wegzug ins Ausland, Einbringen des Vermögens in eine Stiftung oder Übergabe an die Kinder. Der Bundesrat hatte im vergangenen Dezember die Gemüter etwas beruhigt. Seine zwei Kernbotschaften: Massnahmen zur Steuervermeidung würden erst nach Inkrafttreten der Ausführungsbestimmungen greifen, und eine Wegzugssteuer lehne die Regierung ab.

Viel Vermögen ist gebunden

Dennoch bleiben die Nerven bei manchen Unternehmern angespannt. Den jüngsten Beleg lieferten am Montag die Wirtschaftsverbände Economiesuisse, Gewerbeverband und Swissmem mit einer weiteren Medienoffensive gegen die Volksinitiative. Der Anlass kam kurioserweise mitten im Abstimmungskampf zum Urnengang von Ende September über die Wohneigentumsbesteuerung und den elektronischen Identitätsnachweis. Die Juso-Initiative steht erst beim übernächsten Urnengang am 30. November zur Debatte.

Doch die Wirtschaftsverbände scheinen zu befürchten, dass die Unternehmer im relativ kurzen Abstimmungskampf von Oktober und November von den Politikern übertönt werden. So boten die Verbände am Montag in Bern vier Familienunternehmer für eine

Berichterstattung von der «Front» auf. Einer von ihnen ist Bernhard Emch, Geschäftsführer von Emch Aufzüge in Bern. Der Familienbetrieb mit seinen rund 250 Beschäftigten ist spezialisiert auf Hebevorrichtungen und Aufzugsanlagen. Bei Annahme der Juso-Initiative wäre laut Emch die fast 150-jährige Tradition seines Familienunternehmens zu Ende.

«Ein Wegzug bei einer Annahme der Initiative kommt für uns nicht infrage», sagt der Geschäftsführer. Auch eine Produktionsverlagerung ins Ausland sei nicht vorgesehen. Aber praktisch das gesamte Vermögen der Familie sei im Unternehmen gebunden. Bei der Vererbung seien keine genügenden liquiden Mittel für die Bezahlung der Erbschaftssteuer vorhanden. So gebe es als Varianten für die Kinder nur Schulden oder den Verkauf an einen globalen Konkurrenten. Eine Übergabe an die nächste Generation würde durch Schuldenaufnahme noch schwieriger, weshalb der Verkauf laut Emch die naheliegende Lösung wäre. Und falls es eine lange Zahlungsfrist für die Erbschaftssteuer gäbe? Gemäss Emch wäre dies keine wirkliche Lösung, weil dies faktisch eine hohe Verschuldung der Erben bedeuten würde.

Die Erfahrung von Firmenverkäufen in der Branche zeigt laut Emch, dass «wohl 200 der 250 Arbeitsplätze ver-

schwinden würden». Der Käufer würde gemäss Emch die Produktion in Bern schliessen und in seine Produktionsstätten im Ausland integrieren: «Das geschah mit allen Familienunternehmen in der Aufzugsbranche, die keine internen Nachfolger hatten.»

Lange Durststrecke

Sorgen um die Nachfolgeplanung macht sich auch Wim Ouboter, Gründer der Micro Mobility Systems AG im zürcherischen Küsnacht. Die Firma beschäftigt rund 200 Personen, davon 60 in der Schweiz. Sie ist aktiv unter anderem in Entwicklung und Verkauf von Elektrorollern und des kleinen Elektroautos Microlino. «In den vergangenen sieben Jahren haben wir auf eine Dividende verzichtet und über 50 Millionen Franken in unser Microlino-Projekt investiert», sagt der Firmengründer. Auch seine zwei Söhne seien stark involviert. Ein Gewinn aus diesem Projekt sei noch nicht in Sicht, betont Ouboter. Und bei einem Erfolg der Juso-Initiative wäre die für später erhoffte Ernte aus den Investitionen gemäss dem Firmengründer infrage gestellt. Einer seiner Söhne, Oliver Ouboter, ergänzt: Wäre die Juso-Initiative beim Start des Projekts schon in Kraft gewesen, hätte man es mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht lanciert.

Mit der Nachfolgeplanung beschäftigt sich auch Marco Sieber. Er ist in der zweiten Generation zusammen mit seinem Bruder Inhaber der Firma Siga im luzernischen Ruswil. Das Unternehmen mit 600 Angestellten entwickelt Spezialklebebänder, Fassaden- und Dachmembranen zur Gebäudesicherung. Der Exportanteil betrage rund 80 Prozent. Bei einer grösseren mittelständischen Firma könnte das Kapital schnell 80 Millionen Franken oder mehr betragen, sagt Sieber. Mit der Juso-Initiative wäre bei 80 Millionen eine Erbschaftssteuer von 15 Millionen Franken fällig. «Woher nehmen?», fragt der Unternehmer: «Ich weiss nicht, ob wir das stemmen könnten.»

Swissmem, der Verband der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie, nannte die Erbschaftssteuerinitiative einen «Masterplan zur Zerstörung von Familienunternehmen». Diesen Februar hatte der Verband die Ergebnisse einer Befragung bei Mitgliederfirmen publiziert. 228 Unternehmen nahmen daran teil. Ein Drittel der Befragten ist von der Volksinitiative laut der Umfrage potenziell betroffen. 50 betroffene Firmen nannten potenziell gravierende Folgen wie Standortverlagerung und Investitionsstopp in der Schweiz. Von diesen sagten knapp 20 Unternehmen, dass man den Betrieb verkaufen müsse.